

# Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderen Hörgeschädigten in Deutschland



## Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes

Der Deutsche Gehörlosen-Bund hat erfahren, dass sich ein gehörloser Linguist für die zu besetzende Professorenstelle (Nachfolge Prof. Dr. Siegmund Prillwitz) am Institut für Deutsche Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser an der Universität Hamburg beworben hat. Da der Deutsche Gehörlosen-Bund gehörlose Bewerberinnen und Bewerber bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung unterstützt, möchte er hierzu Stellung nehmen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund unterstützt die Bewerbung des gehörlosen Linguisten ausdrücklich. Die mögliche Besetzung des Lehrstuhls mit einem gehörlosen Wissenschaftler stellt eine große Chance dar. Nach Kenntnisstand des Deutschen Gehörlosen-Bundes erfüllt der gehörlose Bewerber die erforderlichen Einstellungsvoraussetzungen. Als „native signer“ verfügt er zusätzlich über eine Qualifikation, die ihn als Bewerber vor allen anderen hervorhebt. Dies zu betonen ist hinsichtlich der Eigenarten des Faches Deutsche Gebärdensprache von großer Bedeutung. Ebenso sind seine Kenntnisse in der kontrastiven Linguistik (Deutsch und Deutsche Gebärdensprache) besonders hervorzuheben. Er verfügt zudem über internationale Kontakte zu anderen Universitäten, vor allem in England und in den USA.

Das Institut für Deutsche Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser in Hamburg ist in seiner Art einzigartig in Deutschland. Die Besetzung des Lehrstuhls mit einem gehörlosen Bewerber würde wichtige wissenschaftliche und politische Impulse setzen und den Wissenschaftsstandort Hamburg international stärken. Insbesondere für gehörlose Studentinnen und Studenten würde Hamburg als Studienort an Attraktivität gewinnen. Für die Außenwirkung der Universität Hamburg wäre eine solche Entscheidung von großer Bedeutung.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund plädiert daher dafür, die Bewerbung des gehörlosen Kandidaten entsprechend dem Gleichstellungsgesetz vorrangig zu berücksichtigen.

Hamburg, 27. März 2007